



EU-Kanada Beziehungen stärken

Vorschläge aus der Wirtschaft

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Impressum

Deutsche Industrie- und Handelskammer

Breite Straße 29
D-10178 Berlin
Telefon +49 30 20308 0
E-Mail info@dihk.de

DIHK Online

[Homepage](#) | [Facebook](#) | [X \(Twitter\)](#) | [Linkedin](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

Redaktion: Klemens Kober, Paul Meyer

Grafik: Sebastian Titze

Stand: September 2026

EU-Kanada Beziehungen stärken

Kanada entwickelt sich angesichts geopolitischer Spannungen, wachsender wirtschaftlicher Sicherheitsrisiken und der Neuordnung globaler Lieferketten zu einem strategischen Partner der Europäischen Union. Seit einigen Monaten gibt es in Kanada sogar eine Diskussion über den Beitritt zur EU. Auch wenn ein kanadischer EU-Beitritt angesichts der geographischen Lage nicht absehbar ist, sollten beide Seiten möglichst enge institutionelle Verbindungen in allen wirtschaftsrelevanten Bereichen vorantreiben. Als rohstoffreicher demokratischer Rechtsstaat, enger NATO-Partner, Mitglied der G7 sowie der Transpazifischen Partnerschaft CPTPP bietet Kanada erhebliche Potenziale für den Ausbau von Handel, Investitionen, Forschung, Digitalisierung und Energiekooperation. Die EU und Kanada sollten ihre Beziehungen deshalb auf eine neue strategische Ebene heben. Ziel sollte eine vertiefte Partnerschaft für Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftssicherheit, Innovation und resilientere Lieferketten sein. Außerdem gilt es die Energie- und Rohstoffzusammenarbeit zwischen der EU und Kanada umfassend zu stärken, um die Versorgungssicherheit der europäischen Wirtschaft nachhaltig zu verbessern.

Gleichzeitig sollten die verbleibenden zehn EU-Mitgliedsstaaten schnellstmöglich und prioritär das Handelsabkommen CETA ratifizieren. Dies wäre ein wichtiges Zeichen an Kanada sowie den Rest der Welt und würde den Unternehmen im Kanadageschäft deutlich mehr Planungssicherheit geben. Da die Nutzungsrate des Abkommens derzeit lediglich bei 62,4 % Prozent liegt, gilt es gerade mit Blick auf kleine und mittelständische Unternehmen Unterstützungsmaßnahmen auszubauen. Von besonderem Interesse ist für die deutsche Wirtschaft zudem das US-Kanada-Mexiko Handelsabkommen USCMA. Dessen Anpassung sollte den Marktzugang europäischer Unternehmen nicht beschränken.

Prioritäten:

- Handelshemmnisse abbauen
- Handelsabkommen CETA ratifizieren
- Nutzungsraten und Umsetzung von CETA verbessern
- Digitalabkommen abschließen
- EU-CPTPP Kooperation vorantreiben
- Rohstoffzusammenarbeit ausbauen
- Energiepartnerschaft vertiefen
- Wirtschaftssicherheitsabkommen vorantreiben

Handelshemmnisse abbauen

Die EU führt derzeit sechs offizielle Handelshemmnisse in Kanada.¹ Die Einführung neuer Handelsbeschränkungen steht im Widerspruch zum Geist und den Zielen von CETA. Die EU und Kanada sollten bestehende Handelshemmnisse konsequent abbauen und neue Handelsbarrieren vermeiden. Besonders belastend sind die 2022 eingeführte Luxussteuer auf Fahrzeuge, die Ende 2025 eingeführten Buy-Canada-Regeln im öffentlichen Beschaffungswesen sowie die jüngsten Zölle auf ausgewählte Stahl- und Agrarprodukte (Dosen-gemüse). Diese Maßnahmen erschweren den Marktzugang europäischer Unternehmen trotz eines bestehenden Freihandelsabkommens. Die EU sollte die Beseitigung dieser Handelshemmnisse zu einer Priorität des bilateralen Dialogs machen. Insbesondere sollten europäische Unternehmen von diskriminierenden Beschaffungsregeln ausgenommen und bestehende Zollmaßnahmen gegenüber EU-Produkten zurückgenommen werden.

Zwischen Kanada und Deutschland bzw. der EU sind weiterhin unterschiedliche Produktstandards und Fragen der regulatorischen Anerkennung eine Herausforderung, weil technische Normen, Zulassungen, Produktvorschriften und teilweise auch Prüf- und Konformitätsverfahren nicht vollständig harmonisiert sind. Insbesondere im Automobilbereich ist mehr gegenseitige Anerkennung und eine stärkere Angleichung kanadischer Regeln an EU-Standards angezeigt, um Doppelprüfungen, zusätzliche Kosten und Markteintrittshürden abzubauen.

Handelsabkommen CETA ratifizieren

Das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) bietet einen guten Rahmen für den Handel mit Waren und Dienstleistungen sowie für grenzüberschreitende Investitionen und die Vergabe öffentlicher Aufträge. Seit seinem vorläufigen Inkrafttreten vor neun Jahren ist der Warenhandel um 76 % auf über 81 Mrd. EUR gestiegen. Der Handel mit Dienstleistungen ist um 97 % auf fast 51 Mrd. EUR angestiegen. Das belegt, welchen Beitrag regelbasierte Handelsabkommen für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Resilienz leisten können.

CETA trat 2017 vorläufig in Kraft, was bedeutet, dass die meisten Kapitel des Abkommens nun gelten. Die Teile, die noch nicht in Kraft sind, umfassen insbesondere Portfolioinvestitionen und Investitionsschutz. CETA hebt die Zölle auf 99 % aller Zolltarifpositionen auf, von denen 98% bereits bei seinem vorläufigen Inkrafttreten abgeschafft wurden.

Derzeit haben 17 EU-Mitgliedstaaten ihre nationalen Ratifizierungsverfahren für CETA abgeschlossen. Die verbleibenden zehn EU-Mitgliedstaaten sollten CETA nun rasch ratifizieren: Belgien, Bulgarien, Zypern, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Polen und Slowenien. Eine vollständige Ratifizierung würde zusätzliche Investitionssicherheit schaffen, Rechtsklarheit erhöhen und ein wichtiges wirtschaftspolitisches Signal für offene Märkte setzen.

¹ [Barriers results page](#) | [Access2Markets](#)

Nutzungsraten und Umsetzung von CETA verbessern

Die Präferenzausnutzungsquote (PUR) der kanadischen Einfuhren aus der EU ist bis 2023 schrittweise auf 62,4 % gestiegen, während die Präferenzausnutzung der EU bei Einfuhren aus Kanada 2021 mit 66,5 % ihren Höchststand erreichte, 2023 jedoch leicht auf 58,3 % zurückging. Die PUR variierten je nach EU-Mitgliedstaat und Produktkategorie, wobei niedrigere Quoten in Sektoren zu beobachten waren, in denen die Zollpräferenzen unter 5 % lagen. Zu den wichtigsten Sektoren, in denen Zollersparnisse ungenutzt blieben, gehörten: Automobilprodukte, Schiffe, Boote und schwimmende Konstruktionen, Möbel sowie Bekleidung. Insbesondere für KMU stellen die aufwendigen Nachweispflichten im Zusammenhang mit Präferenzen häufig eine Hürde dar. Der damit verbundene Aufwand führt in der Praxis teilweise dazu, dass bestehende Präferenzen nicht genutzt werden, was zu einer suboptimalen Nutzung der Handelspräferenzen im Rahmen des CETA beiträgt. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten daher die praktische Unterstützung bei Ursprungsregeln, Nachweispflichten und Zollverfahren deutlich ausbauen. Ziel muss sein, die tatsächliche Nutzung der vorhandenen Marktöffnungen signifikant zu erhöhen. Gleichzeitig ist klar, dass die geringe Nutzung von Präferenzrechten ein grundsätzliches Problem vieler moderner Handelsabkommen ist. Daher ist eine generelle Überprüfung bestehender und neuer EU-Handelsabkommen hin zu einfacheren Ursprungsregeln – und Nachweispflichten nötig, um sicherzustellen, dass diese Abkommen stärker an den praktischen Bedürfnissen des Mittelstands ausgerichtet werden.

Der bilaterale Dialog über Kraftfahrzeugvorschriften sollte genutzt werden, um die Auswirkungen der kanadischen Luxussteuer auf Elektrofahrzeuge und die praktische Anwendung der CETA-Ursprungsregeln im Automobilsektor zu evaluieren.

Darüber hinaus sollte die Transparenz subnationaler öffentlicher Ausschreibungen deutlich verbessert werden, um europäischen Unternehmen einen faireren und einfacheren Marktzugang zu ermöglichen. Die konsolidierten Daten zum Umfang und zu den Ergebnissen der öffentlichen Beschaffung auf subföderaler Ebene in Kanada sind nach wie vor unvollständig oder nicht verfügbar. Dies führt zu Ineffizienzen und mangelnder Transparenz für Unternehmen. Kanada konsolidiert derzeit die Beschaffungsdaten unter dem Dach von „CanadaBuys“. Einige Provinzen nutzen weiterhin „mRex“ anstelle von „CanadaBuys“, was die Möglichkeiten zur Gewinnung wettbewerbsorientierter Beschaffungsstatistiken einschränkt.

Digitalabkommen abschließen

Die EU ist der weltweit führende Exporteur und Importeur digitaler Dienstleistungen. Daher ist es ausdrücklich zu begrüßen, dass die EU und Kanada am 06.03.2026 Verhandlungen über ein Digitalabkommen aufgenommen haben. Diese sollten bis zum EU-Kanada Gipfel im Herbst 2026 abgeschlossen werden. Für die Rechtssicherheit für Unternehmen ist es sehr relevant, dass damit der papierlose Handel verbessert, die Gültigkeit elektronischer Signaturen, Verträge und Rechnungen gewährleistet und Zölle auf elektronische Übertragungen verboten werden sollen. Auch die Zusammenarbeit bezüglich digitaler Souveränität etwa im Bereich Open Source und offener, interoperabler Standards gilt es zu stärken, um strategischen digitalen Abhängigkeiten vorzubeugen. Ein entsprechendes Digitalabkommen ist zudem relevant, um die Deutsch-Kanadische Digital-Allianz bei Themen wie Künstliche Intelligenz, digitale Souveränität, digitale Infrastruktur, Quantentechnologien sowie die Vernetzung von Start-Ups und Technologieunternehmen zu stärken.

EU-CPTPP Kooperation vorantreiben

Kanada ist ein zentraler Akteur der Transpazifische Partnerschaft CPTPP (Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership). Die EU sollte mit Kanada eine EU-CPTPP "Koalition der Willigen" vorantreiben, die sich für die Offenheit von Märkten sowie den Erhalt und die Weiterentwicklung der Welt-handelsregeln einsetzt.² Zusammen stehen die 27 EU- und die zwölf CPTPP-Staaten Australien, Brunei, Kanada, Chile, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, das Vereinigte Königreich und Vietnam für 37 Prozent des Welthandels – mehr als die USA und China zusammen. Insbesondere sollten die EU und CPTPP sich auf die WTO-Reform, gemeinsame Digital- und Ursprungsregeln sowie auf die Kooperation der Lieferkettensicherheit fokussieren. Das EU-Kanada Digitalabkommen kann dabei ein Vorbild für die zukünftige EU-CPTPP Kooperation werden.

Rohstoffzusammenarbeit ausbauen

Die deutsche Wirtschaft gerät zunehmend durch die Instrumentalisierung wirtschaftlicher Verflechtungen und Abhängigkeiten unter Druck. Der Anstieg von Exportrestriktionen auf kritische Rohstoffe – darunter Seltene Erden, Hartmetalle sowie Technologie- und Batterierohstoffe – verdeutlicht die Notwendigkeit, die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft resilienter, wettbewerbsfähiger und nachhaltiger zu gestalten. Umso wichtiger ist eine enge Zusammenarbeit mit Kanada bei kritischen Rohstoffen, Energie und widerstandsfähigen Lieferketten. Sie stärkt die Versorgungssicherheit, sichert die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und schafft die Grundlage für die Zukunft zentraler Branchen wie Batterietechnologie, Hightech-Produktion und die industrielle Transformation.

Kanada ist für die EU ein zentraler Partner zur Verringerung strategischer Abhängigkeiten und zur Diversifizierung kritischer Lieferketten. Kanada verfügt über 22 der 34 von der EU-Kommission und der deutschen Bundesregierung als kritisch eingestuft Rohstoffe. Derzeit gehen jedoch nur etwa 1 % der mineralischen Rohstoffexporte Kanadas nach Deutschland. Die von Kanada im Jahr 2022 verabschiedete Rohstoffstrategie bietet zahlreiche Chancen für Diversifizierung und eine vertiefte Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft. Um die deutsch-kanadische Rohstoffkooperation zu stärken und auszubauen, bedarf es konkreter Projekte im Schulterschluss mit der Wirtschaft.

Der Aufbau neuer kanadischer Kapazitäten für Rohstoffabbau, -verarbeitung und Recycling kann neue Beschaffungs-, Export- und Innovationschancen eröffnen. Insbesondere beim Ausbau lokaler Verarbeitungs- und Raffinationskapazitäten für kritische Minerale liegt ein erhebliches Potenzial, um kanadische Rohstoffe höherwertig zu nutzen, Wertschöpfung in Kanada zu halten und gleichzeitig die Versorgungssicherheit europäischer Schlüsselindustrien zu stärken. Bereits jetzt wurden verschiedene Kooperationen zwischen deutschen und kanadischen Partnern im Rohstoffbereich vereinbart, die es weiter zu flankieren gilt. Zudem sollte geprüft werden, ob sich im Zuge des kanadischen Aufbaus von Rohstoffreserven zusätzliche Kooperationsmöglichkeiten für die Wirtschaft ergeben.

Um eine engere Zusammenarbeit im Rohstoffbereich zu ermöglichen, gilt es, die Finanzierungsinstrumente Deutschlands und Kanadas stärker miteinander zu verzahnen. Der institutionelle Austausch und die Zusammenarbeit zwischen deutschen und kanadischen Organisationen – wie der KfW, der KfW IPEX, Export Development Canada, Invest in Canada, Canada Growth Fund, Pensionskassen und weiteren – sollten vertieft werden. Darüber hinaus sollte geprüft werden, inwiefern durch Ansätze des „Blended Finance“ eine stärkere Einbindung privaten Kapitals in gemeinsame Projekte ermöglicht werden kann. Um schnellere Kooperationen und Investitionen zu fördern, sollte zudem eine gegenseitige Anerkennung von Due-Diligence-Prüfungen erwogen werden, um die Handlungsfähigkeit zu erhöhen.

² DIHK Papier zur EU-CPTPP-Kooperation 2026 <https://www.dihk.de/resource/blob/184034/fb0be441fcd648d380b01ede48a02e9c/international-impulspapier-cptpp-data.pdf>

Energiepartnerschaft vertiefen

Die Energiepartnerschaft zwischen Kanada und Deutschland wurde 2021 von den Regierungen beider Länder ins Leben gerufen, um die bilaterale Zusammenarbeit im Energiesektor strategisch zu fördern und gemeinsame Projekte zu koordinieren. Der aktuelle Aktionsplan konzentriert sich auf saubere Energien und Technologien, den Ausbau der Kanada-Deutschland-Wasserstoffallianz sowie die Zusammenarbeit im Bereich der Rohstoffsicherheit für die Energiewende und den Klimaschutz. Kanada bietet erhebliche Potenziale als Partner für sauberen Wasserstoff, LNG, erneuerbare Energien und klimafreundliche Energietechnologien. Für die erfolgreiche Diversifizierung der europäischen Energieversorgung kommt Kanada daher eine strategische Bedeutung zu. Allerdings müsste die Transport- und Exportinfrastruktur, insbesondere für den Direkttransport von Wasserstoff (bzw. Derivaten) und LNG in die EU, in vielen Regionen noch weitestgehend aufgebaut werden. Langfristiges Ziel sollte der Aufbau belastbarer transatlantischer Energie- und Wasserstoffkorridore sein, die Versorgungssicherheit, Dekarbonisierung und industrielle Wettbewerbsfähigkeit gleichermaßen unterstützen.

Wirtschaftssicherheitsabkommen vorantreiben

Die EU und Kanada sollten ein umfassendes Wirtschaftssicherheitsabkommen schließen. Dieses sollte Frühwarnmechanismen für resiliente Lieferketten und eine Vertiefung der EU-Kanada Rohstoffpartnerschaft umfassen. Ebenso eine Vereinbarung zum Verzicht auf wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen, insbesondere Exportrestriktionen auf sensible Güter in den Bereichen Energie, kritische Rohstoffe, Medizin und Lebensmittel. Ergänzend dazu sollten staatliche Transparenz- und Notifizierungspflichten bei Exportkontrollen vereinbart werden – etwa in Form eines Verhaltenskodexes. Auch eine enge Zusammenarbeit bei Exportkontrollen, Investitionsprüfungen, Handelsschutzmaßnahmen und Anti-Zwangsmaßnahmen sollte institutionell vereinbart werden.

USMCA-Reform

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgt die deutsche Wirtschaft zugleich die Gespräche über die Zukunft des US-Mexiko-Kanada Abkommens USMCA (in Kanada CUSMA genannt). Die Neuverhandlung darf nicht zu einer Abschottung des nordamerikanischen Wirtschaftsraums gegenüber europäischen Unternehmen führen. Ein mögliches Auslaufen des Abkommens würde insbesondere jene deutschen Unternehmen treffen, die auf eng verzahnte Lieferketten in Nordamerika angewiesen sind. Auch eine stärkere Angleichung handelspolitischer Maßnahmen Mexikos und Kanadas an die der USA könnte den Marktzugang für deutsche Unternehmen künftig erschweren. So beschränken die jüngsten Stahlzollerhöhungen der Länder auf Höhe der US-Außenzölle bereits jetzt den Außenhandel – teils auch den mit der EU. Die EU sollte hier auf die Einhaltung der vereinbarten Abkommen pochen.

Mobilität von Fachkräften

EU und Kanada sollten die Mobilität von Fachkräften, Auszubildenden und jungen Talenten deutlich erleichtern, indem Visa- und Entsendeverfahren vereinfacht sowie schneller und planbarer gestaltet werden. Zugleich braucht es mehr gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen und Berufsqualifikationen, damit Qualifikationen nicht an administrativen Hürden, sondern an tatsächlichen Kompetenzen gemessen werden. Ergänzend sollten beide Seiten mehr Austauschprogramme für Nachwuchs, Forschung und berufliche Praxis ausbauen, um frühzeitig Fachkräfteprofile, Netzwerke und Innovationskooperationen zu stärken.

Weitere Kooperationsformate mit Kanada

Der Ausbau der Forschungs- und Innovationszusammenarbeit sollte ein zentrales Element der bilateralen Beziehungen bleiben. Die Beteiligung Kanadas an Horizont Europa sowie ein Beitritt Kanadas zum Jugendmobilitätsprogramm Erasmus+ sind ausdrücklich zu begrüßen. Am 3. Juli 2024 schloss sich Kanada der Säule II von „Horizont Europa“ an. In diesem Rahmen gilt es eine möglichst enge Forschungszusammenarbeit umfassend voranzutreiben. Auch im Bereich Sicherheit und Verteidigung sowie Weltraum bestehen bedeutende Wirtschaftschancen für die Zusammenarbeit der EU und Deutschlands mit Kanada. Die EU und Kanada sollten zudem ihre Zusammenarbeit bei Häfen, Schifffahrt und maritimer Logistik etwa mit Blick auf den Aufbau klimaneutraler Schifffahrtskorridore zwischen Europa und Kanada verstärken.

Im Bereich Stahl und Aluminium sollten die EU und Kanada gemeinsam mit gleichgesinnten Partnern einen offenen Metallklub vorantreiben, der diskriminierungsfreien Handel untereinander ermöglicht und die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten stärkt.

Die Verhandlungen über eine deutsch-kanadische strategische Partnerschaftsvereinbarung sollten rasch abgeschlossen werden. Die Vereinbarung sollte zu konkreten, wirtschaftlich spürbaren Ergebnissen führen. In den Bereichen Sicherheit und Verteidigung, Technologie, Künstliche Intelligenz und Raumfahrt, Lieferketten und kritische Rohstoffe, Energie sowie Investitionen bestehen erhebliche Potenziale für eine vertiefte Zusammenarbeit. Diese sollten in belastbare Projekte, vereinfachte Kooperationsstrukturen und bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen übersetzt werden.

Darüber hinaus sollte Kanada eine stärkere institutionelle Einbindung der EU in die Zusammenarbeit im arktischen Raum sowie einen EU-Beitritt zum Arktischen Rat unterstützen.

Fazit

Seit einigen Monaten gibt es in Kanada eine Diskussion über den Beitritt zur EU. Auch wenn ein kanadischer EU-Beitritt angesichts der geographischen Lage und engen Vernetzung mit den USA nicht absehbar ist, sollten beide Seiten möglichst enge institutionelle Verbindungen in allen wirtschaftsrelevanten Bereichen vorantreiben. Kanada ist für Deutschland und Europa weit mehr als ein Handelspartner. Das Land entwickelt sich zu einem Schlüsselpartner für Wirtschaftssicherheit, Rohstoffversorgung, Energiewende, Digitalisierung und die Verteidigung einer offenen regelbasierten Weltwirtschaft.

Die kommenden Jahre bieten die Chance, die EU-Kanada-Beziehungen auf eine neue strategische Stufe zu heben. Dies setzt die vollständige Umsetzung von CETA, den Abschluss neuer Abkommen in den Bereichen Digitalisierung und Wirtschaftssicherheit sowie eine deutlich vertiefte Zusammenarbeit bei Rohstoffen, Energie, Sicherheit und Verteidigung sowie Innovation voraus. Eine stärkere Partnerschaft zwischen der EU und Kanada würde nicht nur Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit fördern, sondern auch die geopolitische Resilienz beider Seiten stärken.

Handelsdaten EU-Kanada

Mit einem Anteil von fast 8 % am Handel war die EU der zweitgrößte Handelspartner Kanadas. Kanada belegt auf der Liste der wichtigsten Handelspartner der EU Platz 12. Zwischen 2016 und 2024 nahm der Warenhandel um etwa 65 % und der Handel mit Dienstleistungen um etwa 90 % zu. Der Handel insgesamt ist zwischen 2016 und 2024 um etwa 72 % gestiegen.

Handelsdaten Deutschland-Kanada

Im Jahr 2025 belief sich der Handel mit Waren zwischen Deutschland und Kanada auf fast 22 Mrd. €. Darunter 9 Mrd. € deutsche Einfuhren aus Kanada und 12 Mrd. € deutsche Ausfuhren nach Kanada. Mit einem Anteil von 0,7 % am Handel Deutschlands liegt Kanada auf Rang 28 der wichtigsten Handelspartner. Wichtigste deutsche Export-Warengruppen sind Kraftfahrzeuge (24 %), Maschinen (20 %) sowie pharmazeutische Produkte (12 %). Deutschland importiert aus Kanada vor allem Erze (24 %), Metalle (11 %) sowie Erdöl und Gas (11 %). Zwischen 2016 und 2025 nahm der Warenhandel zwischen Deutschland und Kanada um 59 % zu. Der kumulierte Wert der ausländischen Direktinvestitionen Deutschlands in Kanada belief sich 2024 auf 26 Mrd. €. 628 deutsche Unternehmen in Kanada beschäftigten mehr als 71.000 Menschen. Der kumulierte Wert der kanadischen Investitionsbestände in Deutschland belief sich 2024 auf 2 Mrd. € (100 Firmen mit 18.000 Beschäftigten). Die AHK Kanada ist seit vielen Jahren Ansprechpartner für deutsche und kanadische Unternehmen.

Wer wir sind:

Unter dem Dach der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) sind die 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) zusammengeschlossen. Unser gemeinsames Ziel: Beste Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften.

Auf Bundes- und Europaebene setzt sich die DIHK für die Interessen der gesamten gewerblichen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit ein. Denn mehrere Millionen Unternehmen aus Handel, Industrie und Dienstleistung sind gesetzliche Mitglieder einer IHK – vom Kiosk-Besitzer bis zum Dax-Konzern. So sind DIHK und IHKs eine Plattform für die vielfältigen Belange der Unternehmen. Diese bündeln wir in einem verfassten

Verfahren auf gesetzlicher Grundlage zum Gesamtinteresse der gewerblichen Wirtschaft und tragen so zum wirtschaftspolitischen Meinungsbildungsprozess bei.

Grundlage unserer Stellungnahmen sind die wirtschaftspolitischen Positionen und beschlossenen Positionspapiere der DIHK unter Berücksichtigung der DIHK bis zur Abgabe der Stellungnahme zugegangenen Äußerungen der IHKs und ihrer Mitgliedsunternehmen.

Darüber hinaus koordiniert die DIHK das Netzwerk der 150 Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanten der Deutschen Wirtschaft in über 90 Ländern.